

Umdenken bei den Ein-Euro-Jobs

Jobcenter muss mit weniger Geld auskommen und will künftig mehr für jüngere Arbeitslose tun



Nicole Becker, Ein-Euro-Jobberin im „fairkauf“-Kaufhaus Hannover, bringt eine Tasche an den Mann. Ob ihre Stelle auch in Zukunft noch sicher ist, steht infrage.

von Ditfurth

VON MATHIAS KLEIN

Für uns ist das nicht ganz so dramatisch“, sagt Reinhold Fahlbusch. Der Vorstandsvorsitzende des Sozialkaufhauses Fairkauf rechnet damit, dass seine Genossenschaft auch mit weniger Ein-Euro-Jobs klarkommt, wenn das Jobcenter der Region zum Jahresbeginn die Zahl dieser Arbeitsgelegenheiten drastisch zusammenstreicht. Andere Einrichtungen wie etwa die Volkshochschule dürften unter den Kürzungsmaßnahmen stärker zu leiden haben.

Nach HAZ-Informationen ist geplant, die derzeit 3100 Ein-Euro-Stellen um 37 Prozent zu verringern. Das Jobcenter will die Zahl offiziell erst dann mitteilen, wenn die am Freitag in einer Wohltätigen Trägerversammlung informiert wurde. Hintergrund des Abbaus von Ein-Euro-Stellen ist die Kürzung der Bundesmittel für die sogenannte Wiedereingliederungshilfe: Statt 106 Millionen Euro in diesem Jahr stehen im Bereich des Jobcenters Hannover für das Jahr 2011 nur noch 80 Millionen Euro zur Verfügung. Wie zu erfahren war, soll in der Region künftig ein Schwerpunkt

auf Maßnahmen für jüngere Langzeitarbeitslose gelegt werden, vor allem im Bereich der Fortbildung.

Fairkauf hat 35 Ein-Euro-Jobber unter Vertrag – im Verkauf, im Lager und im Büro. Etwa genauso viele Frauen und Männer haben reguläre Arbeitsverträge bei der Genossenschaft. „Natürlich werden wir die Kürzung bemerken“, sagt Fahlbusch. „Bei uns ist eben alles knapp auf Kante genäht.“ Fahlbusch findet die Kürzungsmaßnahmen auch aus einem

anderen Grund bedauerlich: „Unsere Erfahrungen sind in der Summe positiv, besonders mit den Älteren“, berichtet er. 80 Prozent der Mitarbeiter mit regulärem Arbeitsvertrag bei Fairkauf seien zuvor Praktikanten oder Ein-Euro-Jobber gewesen.

Im Bereich des Jobcenters gibt es rund 25 Anbieter von Ein-Euro-Jobs, die meisten nur mit einem oder zwei Beschäftigten. Die meisten Plätze hat die Stadt mit 650 Stellen. Die Volkshochschule Han-

nover-Land hat etwa 300 Ein-Euro-Jobs. In diesem Jahr konnten insgesamt 8000 Frauen und Männer auf einer solchen Stelle arbeiten. Nach Angaben des Jobcenters finden rund 15 Prozent der Ein-Euro-Jobber anschließend einen dauerhaften Arbeitsplatz.

Allerdings gibt es auch massive Bedenken gegen das Modell. Zum Beispiel lehnt das Handwerk die Billigstellen ab, weil die Ein-Euro-Jobber, wie es auch schon der Bundesrechnungshof festgestellt hat, anderen Beschäftigten die Arbeit wegnähmen. Zwar gebe es in der Region ein „gut eingetübtes Verfahren mit Unbedenklichkeitsbescheinigungen“, wie der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Jans-Paul Ernsting, sagt. „Aber wir wissen nicht, ob es noch Ein-Euro-Jobs gibt, die wir nicht kennen.“

Unterstützung bekommt Ernsting von den Gewerkschaften. „Es gibt Grenzgebiete von Arbeiten, die früher ganz normale Arbeitnehmer bei der Stadt erledigt haben“, sagt der DGB-Regionvorsitzende Sebastian Wertmüller. Als Beispiel nennt er das Streichen von Wänden in Kitas: „Das könnten auch Maler machen.“

Stadt hat die meisten Plätze

Die Ein-Euro-Jobs für Hartz-IV-Empfänger sind auf gemeinnützige Tätigkeiten beschränkt. Bei der Stadt sind derzeit 650 Ein-Euro-Jobber im Einsatz. Die Arbeiten werden vom Stützpunkt Hölderlinstraße koordiniert. Nach Angaben von Stadtsprecherin Konstanze Kalmus gibt es 235 Plätze im Bereich der Grünflächenarbeit. 125 Ein-Euro-Plätze stehen beim Hochbau zur Verfügung, hier erledigen die Männer und Frauen zum Beispiel Malerarbeiten in städti-

schon Gebäuden. 68 Langzeitarbeitslose können in den Museen und in der Stadtbibliothek unterkommen. 46 Stellen gibt in städtischen Alten- und Pflegeheimen, wo Ein-Euro-Jobber zum Beispiel den Senioren Geschichten vorlesen. 40 arbeiten in den Kindertagesstätten, ebenfalls 40 in der Hölderlinstraße, zum Beispiel in der dortigen Kantine. 16 Stellen bietet die Stadt in Freizeitheimen und Schulen an, wo die Billigarbeitskräfte unter anderem Wandertage begleiten. mak